

# LANDTAG INTERN

## INFORMATIONEN FÜR DIE BÜRGERINNEN UND BÜRGER

Plenum, Ausschüsse, Gesetzgebung & Hintergründe

54. Jahrgang · 18. Wahlperiode · Ausgabe 5 · 29. August 2023

### Geflüchtete

Die Zuweisung von Geflüchteten an die Kommunen war Thema einer Aktuellen Stunde des Landtags. Diese war von den Oppositionsfractionen von SPD, AfD und FDP beantragt worden. S. 3

### Haushalt 2024

Der Landtag hat erstmals über den Haushalt für das kommende Jahr beraten. Der Entwurf von Finanzminister Dr. Marcus Optendrenk sieht Ausgaben in Höhe von 101,9 Milliarden Euro vor. S. 6

### Demokratie

Unter Vorsitz des Präsidenten des Landtags, André Kuper, tagten im Juni die Spitzen von 30 deutschsprachigen Parlamenten in Ostwestfalen. Im Mittelpunkt stand die Stärkung der Demokratie. S. 16

### Schutz von Kindern

Wie können Kinder und Jugendliche vor sexualisierter Gewalt im kirchlichen Umfeld geschützt werden? Dazu äußerten sich Sachverständige in einer Anhörung der Kinderschutzkommission. S. 17-19

## Eine Nacht am Rhein Landtag öffnet seine Türen



**35**  
JAHRE  
LANDTAG  
AM RHEIN

# INHALT



Foto: Schälte

## Sexualisierte Gewalt und Kirche

<u>Anhörung der Kinderschutzkommission</u> .....	S. 17
<u>Standpunkte</u> .....	S. 18

## Plenum

<u>Unterkünfte für Geflüchtete</u>	S. 3
<u>Meldungen</u> .....	S. 4
<u>Streit um Finanzen</u> .....	S. 6

## Forum

<u>Mal- und Bastelwettbewerb 2023/2024</u> .....	S. 8
--	------

## „35 Jahre Landtag am Rhein“

<u>Einladung zur Parlamentsnacht</u> .....	S. 9
<u>Geschichte des Neubaus</u> .....	S. 10
<u>Standorte des Landtags</u> .....	S. 12
<u>Der Landtag in Zahlen</u> .....	S. 14

## Leserservice und kostenloses Abonnement

Sie sind umgezogen und haben eine neue Adresse oder möchten Landtag Intern kostenfrei abonnieren?

Dann wenden Sie sich bitte postalisch, telefonisch oder per E-Mail an die Öffentlichkeitsarbeit des Landtags NRW, Telefon (0211) 884-2129 (montags bis freitags, 9 bis 13 Uhr), [landtag-intern@landtag.nrw.de](mailto:landtag-intern@landtag.nrw.de)

Vielen Dank! Ihre Landtag-Intern-Redaktion

## Forum

<u>Gemeinsam für eine starke Demokratie</u> .....	S. 16
---	-------

<u>Aus den Fraktionen</u> .....	S. 20
---------------------------------	-------

## Forum

<u>Serie: Das freie Mandat</u> .....	S. 22
--------------------------------------	-------

<u>Porträt: Verena Schäffer</u> .....	S. 23
---------------------------------------	-------

<u>Kurz notiert</u> .....	S. 24
---------------------------	-------

**Herausgeber:** Der Präsident des Landtags Nordrhein-Westfalen, André Kuper, Platz des Landtags 1, 40221 Düsseldorf, Postfach 10 11 43, 40002 Düsseldorf

**Redaktion (red):** Wibke Busch (wib, Vi.S.d.P.), Michael Zabka (zab), Thomas Becker (tob), Sonja Wand (sow), Bernd Schälte (bs, Bildredaktion); Telefon (0211) 884-2472 (zab), 884-2442 (wib), 884-2304 (tob), 884-2064 (sow), 884-2309 (bs), [landtag-intern@landtag.nrw.de](mailto:landtag-intern@landtag.nrw.de)

**Redaktionsbeirat:** Parlamentarische Geschäftsführer/-innen: Matthias Kerkhoff (CDU), Sarah Philipp (SPD), Mehrdad Mostofizadeh (Grüne), Marcel Hafke (FDP), Andreas Keith (AfD), Pressesprecher/-innen: Dirk Michael Herrmann (CDU), Andreas Hahn (SPD), Arne Lieb (Grüne), Tobias Havers (FDP), Kris Schnappertz (AfD).

Redaktionsschluss: Freitag, 25. August 2023, 12 Uhr  
Nachdruck mit Quellenangabe erbeten. Kürzungen oder Veränderungen der Beiträge sind nicht zulässig. Die Beiträge aus den Rubriken „Aus den Fraktionen“ und „Standpunkte“ liegen in der alleinigen Verantwortung der jeweiligen Fraktion.

Ein Nachdruck der Beiträge aus den Rubriken „Aus den Fraktionen“ und „Standpunkte“ ist nur mit Zustimmung der jeweiligen Fraktionspressestelle und bei entsprechender Quellenangabe möglich.

Eine Verwendung für die eigene Öffentlichkeitsarbeit von Parteien, Fraktionen, Abgeordneten oder Wahlbewerberinnen und -bewerbern – insbesondere zum Zwecke der Wahlwerbung – ist unzulässig.

**Auflage:** 30.000

**Satz:** de haar grafikdesign, Köln · [www.dehaar.de](http://www.dehaar.de)

**Herstellung und Versand:** reha gmbh zur beruflichen und sozialen Teilhabe von Menschen mit Behinderung, Dudweilerstraße 72, 66111 Saarbrücken

**Internet-Adressen:** [www.landtagintern.de](http://www.landtagintern.de), [www.landtag.nrw.de](http://www.landtag.nrw.de)

**Landtag Intern** wird auf umweltschonend hergestelltem, chlorfrei gebleichtem Papier gedruckt.

**Weitere Hinweise**

[www.landtagintern.de](http://www.landtagintern.de)





PLENUM

# Unterkünfte für Geflüchtete

24. August 2023 – Die Oppositionsfraktionen kritisieren die Flüchtlingspolitik der Landesregierung. In einer Aktuellen Stunde debattierte der Landtag auf Antrag von SPD, AfD und FDP über die Zuweisung von Geflüchteten an die Kommunen. Die Fraktionen beklagten deren Überforderung.

Das Bild zeigt die Zentrale Flüchtlingsunterkunft in Hamm.  
Foto: IMAGO/Hans Blossy

Zuvor hatten Medien berichtet, dass das Land den Kommunen vorzeitig rund 1.500 Geflüchtete zuweise, weil die Unterkünfte des Landes ausgelastet oder schon überbelegt seien.

Die Lage in den Kommunen und die unzureichenden Aufnahmekapazitäten in den Landesunterkünften seien seit längerem bekannt, heißt es im SPD-Antrag (18/5505). Daher sei es „umso unverständlicher, dass hier sowohl Kommunen als auch Geflüchtete Situationen ausgesetzt werden, die einer humanitären Aufnahme nicht mehr gerecht werden“.

Die AfD verweist in ihrem Antrag (18/5506) u. a. darauf, dass im vergangenen Jahr 169 von 394 Kommunen eine Überlastungsanzeige gestellt hätten. „Das zeigt deutlich, wie angespannt die Situation in vielen Kommunen ist. Verständlicherweise kommen immer lautere Hilferufe aus den Kommunen.“

Die FDP fordert in ihrem Antrag (18/5507), dass die Landesregierung dringend handeln „und mit einem Notfallplan mehr Kapazitäten auf Landesebene schaffen“ müsse, um den Druck auf die Kommunen zu reduzieren. Die aktuelle Entscheidung zu den vorzeitigen Zuweisungen führe zu erheblichen Belastungen der Kommunen.

„Wenn Menschen vor Krieg, Vertreibung oder Gewalt fliehen, müssen sie ein Recht auf einen Ort haben, der Sicherheit bietet“, forderte **Christian Dahm** (SPD). Die SPD stehe „uneingeschränkt zu dem Grundrecht auf Asyl“. Bund, Länder und Kommunen müssten besser zusammenarbeiten. In NRW gebe es zu wenig Plätze in Landeseinrichtungen – obwohl das

Gegenteil versprochen worden sei. Kommunen brauchten mehr Unterstützung. Stattdessen herrsche „Organisationschaos“. Das sei im Ergebnis eine „inhumane Politik“.

**Enxhi Seli-Zacharias** (AfD) dankte Menschen, die gegen eine geplante Unterbringungseinrichtung des Landes im Sauerland protestiert hatten. Die „selbst ernannte Zukunftscoalition“ aus CDU und Grünen agiere ignorant und empathielos gegenüber Bürgerinnen und Bürgern. Statt neuer Unterbringungseinrichtungen für Geflüchtete brauche es mehr Schutz an den Außengrenzen. Die „bedingungslose Willkommenskultur“ habe längst ein Ende. Die Flüchtlingspolitik erleide derzeit „Schiffbruch“ und kollabiere.

## „Grundrecht auf Asyl“

**Marc Lürbke** (FDP) warf der Landesregierung ein „völliges Versagen in der Migrationspolitik“ vor. Sie lasse die Kommunen mit den „wahnsinnig großen Herausforderungen der Integration einfach im Regen stehen“. Städten und Gemeinden drohe nun vielfach der Kollaps. Zudem verspiele die Landesregierung das Vertrauen der Menschen in die Einwanderung und Akzeptanz von Migration. „Das geht nicht“, sagte Lürbke. Er sprach von einem „Offenbarungseid“: „Deutlicher könnten Sie Ihr Scheitern und das Organisationschaos gar nicht eingestehen“, sagte er in Richtung Landesregierung.

Es sei an der Zeit, einiges geradezurücken, entgegnete **Dietmar Panske** (CDU). Die Unter-

bringung Geflüchteter in den Kommunen sei in der Tat ein Kraftakt. Das Land verfüge derzeit über 45 Unterkünfte mit 30.780 Plätzen. Die Kapazitäten seien „langsam erschöpft“. Deshalb müssten in einem ersten Schritt geflüchtete Menschen früher als vorgesehen auf die Kommunen verteilt werden. Dies sei auch in der Vergangenheit schon so gewesen, sagte Panske. Das Land arbeite „mit Hochdruck“ am Ausbau der Unterbringungskapazitäten.

„Die Herausforderung in den Kommunen ist riesengroß“, sagte **Verena Schäffer**, Fraktionsvorsitzende der Grünen. Das gelte aber auch für das Land. Die gemeinsame Verantwortung für Geflüchtete betreffe jedoch ebenso den Bund. Sie vermisse „Ehrlichkeit und Redlichkeit“ in der Debatte. Ein Versagen des Staates herbeizureden, sei verantwortungslos. Solche Diskurse würden von Rechtsextremen als Legitimation für flüchtlingsfeindliche Straftaten genutzt. „Das dürfen wir unter keinen Umständen zulassen“, mahnte Schäffer.

Als 2015/2016 sehr viele Geflüchtete Schutz gesucht hätten, hätten die Kommunen sie zum großen Teil in Turnhallen untergebracht. „Das kann in der Frage der Akzeptanz nicht der Weg sein“, erklärte Flüchtlingsministerin **Josefine Paul** (Grüne). Sie verwies auf einen Sechs-Punkte-Plan. Künftig wolle die Landesregierung u. a. Kommunen und die Menschen vor Ort frühzeitiger einbeziehen. Sie wolle außerdem die Plätze in Landeseinrichtungen auf die Zahl der aufzunehmenden Geflüchteten in der jeweiligen Kommune anrechnen.

tab, zab, sow



## Digitalisierung

23.8.2023 – Das Plenum hat über eine digitalisierte Verwaltung debattiert. Behördliche Dokumente bequem von zu Hause aus beantragen zu können, sei bürgerfreundlich, heißt es in einem Antrag von CDU und Grünen ([18/5407](#)). Neben der Bürgerfreundlichkeit spielten auch die Entlastung der Verwaltungen und die Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands eine Rolle. Als einen ersten Schritt schlagen CDU und Grüne eine Bestandsanalyse vor, die alle Kommunen und alle Verfahren berücksichtigen soll. Daraus solle ein Referenzkatalog entstehen, „der es allen Kommunen erlaubt nachzuschlagen, welche Produkte zu welchem Zweck bereits eingesetzt und empfohlen werden“. Kostspielige Mehrfachentwicklungen sollen vermieden, Synergien genutzt werden. Der Antrag wurde zur weiteren Beratung an den Ausschuss für Bauen, Wohnen und Digitalisierung (federführend) überwiesen.

## Wohneigentum

23.8.2023 – Die FDP-Fraktion kritisiert zu hohe Belastungen der Bürgerinnen und Bürger bei Erwerb oder Erhalt von Wohneigentum. Engpässe bei Baumaterialien und im Handwerk sowie eine hohe Inflation hätten zu anziehenden Baukosten und -zinsen sowie hohen Verbraucherpreisen geführt, heißt es in einem Antrag ([18/5388](#)). Der Landesregierung wirft die FDP vor, weitere Hürden zu schaffen. Dazu gehörten das Festhalten an einem „maximal bürokratischen“ Modell bei der neuen Grundsteuer, die Streichung des Förderprogramms „NRW.Zuschuss Wohneigentum“ und zu hohe Abwassergebühren. Die Fraktion fordert u. a., auf ein einfacheres „flächenbasiertes“ Grundsteuermodell umzusteuern und die Straßenausbaubeiträge rückwirkend zum 1. Januar 2018 abzuschaffen. Der Antrag wurde mit den Stimmen von CDU und Grünen bei Enthaltung von SPD und AfD abgelehnt.

## Stromzähler

23.8.2023 – Die AfD-Fraktion wendet sich gegen die von der Bundesregierung beschlossene Verpflichtung, ab 2025 „intelligente Stromzähler“,

sogenannte Smart Meter, einzubauen. Betroffen davon sind Haushalte mit einem Jahresstromverbrauch ab 6.000 Kilowattstunden sowie Betreiberinnen und Betreiber von Solaranlagen von mehr als 7 Kilowattstunden Leistung. In ihrem Antrag ([18/5419](#)) bemängelt die Fraktion, dass laut einer Studie keine Stromspareffekte erwartbar seien. Im Vergleich zu den herkömmlichen analogen Zählern bedeuteten die neuen Geräte „erhebliche Mehrkosten“ für die Endverbraucherinnen und -verbraucher. Die Landesregierung müsse sich sowohl auf EU-Ebene als auch beim Bund dafür einsetzen, dass die Verbraucherinnen und Verbraucher ihre Messgeräte frei wählen dürften. Der Antrag wurde mit den Stimmen aller anderen Fraktionen abgelehnt.

## Bioökonomie

24.8.2023 – Die Fraktionen von CDU und Grünen wollen „Nordrhein-Westfalen zum führenden Standort einer nachhaltigen Bioökonomie machen“. Grundlage sei die „Umstellung auf eine biobasierte, nachhaltige und umweltverträgliche Wirtschaft, die auf dem effizienten Einsatz von nachwachsenden Rohstoffen aus naturverträglichem Anbau basiert und gleichzeitig soziale und wirtschaftliche Ziele verfolgt“, schreiben die Fraktionen ([18/5408](#)). Beispiele dafür seien pflanzenbasierte Biokunststoffe, Bioraffinerien, Biopharmazeutika und Algenkulturen zur Produktion von Biokraftstoffen. Die Landesregierung solle einen „Bioökonomie-Rat“ gründen, um eine Strategie zu erarbeiten. Zudem solle Nordrhein-Westfalen einen festen Platz im Bioökonomie-Rat der Bundesregierung einnehmen. Der Antrag wurde mit den Stimmen von CDU, SPD und Grünen angenommen. Dagegen stimmten FDP und AfD.

## Wärmewende

24.8.2023 – Die angekündigte Regelung des Bundes zur kommunalen Wärmeplanung solle „konsequent“ in Landesrecht überführt werden, fordern die Fraktionen von CDU und Grünen. Dies sei ein „zentrales Steuerungsinstrument für ein Gelingen der Wärmewende“, heißt es in einem Antrag ([18/5411](#)). Dabei soll-

ten insbesondere kommunale Stadtwerke, vor Ort tätige Energieversorgungsunternehmen, Netzbetreiber und mögliche Bereitsteller und Verbraucherinnen und Verbraucher ihre Expertise einbringen. Die Landesregierung solle Kommunen zu einer Wärmeplanung verpflichten. Der Antrag wurde mit den Stimmen von CDU, SPD, Grünen und FDP angenommen. Dagegen stimmte die AfD.

## Lebensmittelverschwendung

24.8.2023 – SPD und FDP wollen etwas gegen Lebensmittelverschwendung unternehmen. Die größte Vergeudung finde sich bei den Verbraucherinnen und Verbrauchern wieder. Hauptgrund sei das vielfach als Verfallsdatum missverstandene Mindesthaltbarkeitsdatum (MHD), heißt es im gemeinsamen Antrag ([18/3287](#)). Zudem behinderten rechtliche Hürden die Lebensmittelrettung: Wer Nahrungsmittel in den Verkehr bringe, müsse für ihren einwandfreien Zustand sorgen – ein Grund, warum Produkte kurz vor Ablauf des MHD aus den Regalen genommen würden. Die Fraktionen fordern die Landesregierung u. a. zu einer gezielten Verbraucheraufklärung auf, denn viele Lebensmittel seien bei richtiger Lagerung auch nach Ablaufdatum noch genießbar. Der Antrag wurde von CDU, Grünen und AfD abgelehnt.

## Grundsteuer

24.8.2023 – Der Landtag hat über eine Große Anfrage der FDP-Fraktion zur Grundsteuerreform und die Antwort der Landesregierung beraten ([18/3443](#) und [18/4513](#)). Die Fraktion kritisiert darin u. a. das vom Land übernommene Bundesmodell für die Berechnung. „Insgesamt ist die große Überforderung und Belastung der Bevölkerung durch das unnötig bürokratische Modell und dessen Administration ein zentrales Dauerärgernis bei den Steuerzahlern“, heißt es. Bei der Rückläuferquote liege das bevölkerungsreichste Bundesland laut einem Medienbericht mit derzeit rund 66 Prozent auf dem bundesweit letzten Platz. Die Fraktion hatte insgesamt 200 Fragen gestellt. Die Antwort der Landesregierung umfasst mehr als 100 Seiten.



# Laufende Gesetzgebung

Reihenfolge: Name des Gesetzes | Drucksache | Antragsteller | ggf. federführender Ausschuss | Beratungsstand

## Industriestrompreis

24.8.2023 – Angesichts anhaltend hoher Energiepreise wird über die Einführung eines subventionierten Industriestrompreises für deutsche Unternehmen diskutiert. Auf Antrag der Fraktionen von CDU und Grünen befasste sich auch der Landtag in einer Aktuellen Stunde mit dem Vorschlag. „Die alternativlose Ablehnung der Schaffung eines wettbewerbsfähigen Strompreises für energieintensive Unternehmen durch den Bundeskanzler stellt eine massive Gefährdung für Arbeitsplätze in Nordrhein-Westfalen dar“, heißt es u.a. in dem Antrag ([18/5508](#)).

Wer den Industriestrompreis verspreche, müsse ihn auch liefern, sagte [Dr. Jan Hejnisch](#) (CDU). Unternehmen, die Investitionen planten, erwarteten Verlässlichkeit. Es brauche dafür Konzepte, darunter den Industriestrompreis. Die Grünen-Fraktionsvorsitzende [Wibke Brems](#) argumentierte: NRW brauche die Industrie. Die Industrie brauche Planungssicherheit. Planungssicherheit entstehe mit dem Industriestrompreis. Also brauche NRW den Industriestrompreis. SPD-Fraktionschef [Jochen Ott](#) sagte: Dank Erneuerbarer Energien würden die Strompreise zum Ende des Jahrzehnts sinken. Nötig sei aber jetzt eine Lösung. Er kritisierte, Ministerpräsident Hendrik Wüst (CDU) habe den eigenen CDU-Landesverband nicht vom Industriestrompreis überzeugen können. FDP-Fraktionschef [Henning Höne](#) sagte, Wettbewerbsfähigkeit könne man nicht „herbeisubventionieren“. Von einem Industriestrompreis würde die Großindustrie, nicht aber der Mittelstand profitieren. Das Land brauche vielmehr „mutige Strukturreformen“. [Christian Loose](#) (AfD) kritisierte eine dauerhafte Subventionierung des Strompreises als „sozialistisch“. Staatliche Eingriffe wie der Kohle- und Atomausstieg hätten den Strompreis erst in die Höhe getrieben. Wirtschaftsministerin [Mona Neubaur](#) (Grüne) betonte, andere Länder subventionierten Strom viel stärker, als das in Deutschland der Fall sei. Eine NRW-Industrie, die im internationalen Wettbewerb stehe, sei vorübergehend auf vergünstigten Strom angewiesen.

Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2024 (Haushaltsgesetz 2024) | [18/5000](#) | Landesregierung | 1. Lesung am 23. August 2023 | Überweisung an den Haushalts- und Finanzausschuss

Gesetz zur Änderung des Gesetzes zur Errichtung des Pensionsfonds des Landes Nordrhein-Westfalen (Pensionsfondsgesetz Nordrhein-Westfalen – PfoG) sowie zur Änderung dienstrechtlicher Vorschriften | [18/5467](#) | Landesregierung | 1. Lesung am 23. August 2023 | Überweisung an den Haushalts- und Finanzausschuss

Gesetz zur Modernisierung des Gesetzes über die NRW.BANK und der Gesetze berufsständischer Versorgungswerke | [18/5349](#) | Landesregierung | 1. Lesung am 23. August 2023 | Überweisung an den Haushalts- und Finanzausschuss

Elftes Gesetz zur Änderung des Flüchtlingsaufnahmegesetzes | [18/5350](#) | Landesregierung | 1. Lesung am 23. August 2023 | Überweisung an den Integrationsausschuss

Gesetz zur Änderung des Gesetzes über die Öffentlich bestellten Vermessungsingenieurinnen und -ingenieure in Nordrhein-Westfalen | [18/4760](#) (Neudruck) | Landesregierung | 1. Lesung am 23. August 2023 | Überweisung an den Innenausschuss

Zweites Gesetz zur Änderung des Gesetzes über die klinische und epidemiologische Krebsregistrierung im Land Nordrhein-Westfalen (LKR NRW) | [18/5351](#) | Landesregierung | 1. Lesung am 23. August 2023 | Überweisung an den Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales

Gesetz zur Ausführung des Gesetzes für einen besseren Schutz Hinweisgebender Personen (Hinweisgeberschutzgesetz - HinSchG) und zur ergänzenden Umsetzung der Richtlinie (EU) 2019/1937 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 23. Oktober

2019 zum Schutz von Personen, die Verstöße gegen das Unionsrecht melden, sowie zur Änderung des Landesbeamtengesetzes | [18/5468](#) | Landesregierung | 1. Lesung am 23. August 2023 | Überweisung an den Rechtsausschuss

Gesetz betreffend den weiteren Aufbau der Medizinischen Fakultät in Ostwestfalen-Lippe und zur Änderung weiterer hochschulgesetzlicher Vorschriften | [18/4184](#) | Landesregierung | 2. Lesung am 24. August 2023 | verabschiedet

Gesetz über den „Westdeutschen Rundfunk Köln“ (WDR-Gesetz) | [18/3644](#) | AfD | 2. Lesung am 24. August 2023 | abgelehnt

Fünftes Gesetz zur Änderung des Gesetzes zur Ausführung des Baugesetzbuches in Nordrhein-Westfalen | [18/4567](#) | CDU und Grüne | 3. Lesung am 25. August 2023 | verabschiedet

Siebtes Gesetz zur Änderung des Polizeigesetzes des Landes Nordrhein-Westfalen | [18/4531](#) | Landesregierung | Innenausschuss | in Beratung

Gesetz zur Übermittlung von Schülerinnen- und Schülerdaten am Übergang von der Schule in den Beruf (Schülerinnen- und Schülerdatenübermittlungsgesetz NRW) | [18/4532](#) | Landesregierung | Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales | in Beratung

Gesetz zur Änderung der nordrhein-westfälischen Landesverfassung betreffend Gleichwertigkeit der beruflichen und der akademischen Bildung | [18/4278](#) | FDP | Hauptausschuss | in Beratung

Zweites Gesetz zur Änderung der Landesbauordnung 2018 | [18/4593](#) | Landesregierung | Ausschuss für Bauen, Wohnen und Digitalisierung | in Beratung

Gesetz zur Änderung des Spielbankgesetzes NRW | [18/4341](#) | Landesregierung | Hauptausschuss | in Beratung

# Streit um Finanzen – Landtag

23. August 2023 – Die Abgeordneten haben erstmals über die Finanzplanung der Landesregierung für das kommende Jahr beraten. Finanzminister Dr. Marcus Optendrenk (CDU) brachte den Entwurf für den Haushalt 2024 ein. Er sieht Ausgaben in Höhe von 101,9 Milliarden Euro vor und damit 7,2 Milliarden Euro mehr als im laufenden Jahr. Eine Aufnahme neuer Schulden ist erneut nicht vorgesehen.

Dr. Marcus Optendrenk (CDU)



den Schulen ereigne sich eine „Bildungskatastrophe“, Kitas und Pflegeeinrichtungen drohe die Insolvenz. Die Kommunen müssten Steuern erhöhen, Schwimmbäder und Bibliotheken schließen, Spielplätze zurückbauen. Überall im Land brenne es, sagte Ott, „aber diese Koalition weigert sich zu löschen“. Höchste Zeit werde es zudem für eine „anpackende Wohnungsbaupolitik“. Das Land brauche wieder eine „politische Kultur der Verantwortung“. Die Probleme seien groß, aber lösbar.

## „Priorität: Kinder und Jugendliche“

„Wenn ich Ihre Rede zusammenfasse, habe ich das Gefühl, Nordrhein-Westfalen geht in zehn Minuten unter“, erwiderte **Thorsten Schick**, Vorsitzender der CDU-Fraktion. Vielmehr seien dem Haushalt dieselben Attribute wie dem Finanzminister zuzuschreiben: „seriös, kompetent und ehrlich“. Die Herausforderungen bestünden im Fokussieren, Priorisieren und Transformieren. Die Landesregierung nehme sich der Themen an, bei denen die Bürgerinnen und Bürger Lösungen erwarteten: Infrastruktur, Klimaschutz und Ausbau der Erneuerbaren Energien sowie Sicherheit und Schaffung gleicher Lebensverhältnisse in Stadt und Land. Als Beispiele nannte Schick die Krankenhauspla-

Finanzminister **Dr. Marcus Optendrenk** (CDU) betonte, das Land stehe vor „gewaltigen Herausforderungen“. Erstmals seit dem Ende des Kalten Krieges stünden die europäische Ordnung, aber auch die Gesellschaft vor grundsätzlichen Fragestellungen. Zugleich seien die finanziellen Handlungsspielräume eng. Das Selbstverständnis der Landesregierung sei, Probleme gemeinsam zu lösen und aus den Möglichkeiten das Beste für das Land und seine Menschen zu machen. Der Minister kritisierte zugleich die Arbeit der Bundesregierung. Die „endlosen Streitereien“ der Ampelkoalition, „das Nicht-Lösen“ von Problemen hätten zu großer Verunsicherung geführt. Den Haushaltsentwurf für 2024 nannte der Minister „solide, nachhaltig und generationengerecht“. Trotz der „extrem engen Handlungsspielräume“ investiere die Landesregierung in die Zukunft des Landes. Dabei hätten Kinder und Bildung Priorität. Allein dafür würden mehr als 38 Milliarden Euro im kommenden Jahr ausgegeben. Als weitere Schwerpunkte nannte Optendrenk u. a. die Unterstützung der Kommunen bei der Versorgung von Geflüchteten, die Bewältigung der Folgen des Ukraine-Krieges, die Digitalisierung, die Innere Sicherheit und den Klimaschutz.

Die Politik der Landesregierung sei „rücksichtslos, chaotisch und familienfeindlich“, entgegnete SPD-Fraktionschef **Jochen Ott**. Sie

werde den Menschen in Nordrhein-Westfalen bei ihren Problemen nicht helfen. Dies zeige der geplante Haushalt. Aus Selbstbewusstsein sei Selbstgerechtigkeit geworden, aus Angst vor Verantwortung werde „Leugnung der Realität“. Das Land habe „zu wenig Polizei, zu wenig Lehrerinnen und Lehrer, zu wenig Erzieherinnen und Erzieher“. Für Eltern gebe es keine verlässliche Kinderbetreuung mehr, in

Fotos: Schälte

Jochen Ott (SPD)



Thorsten Schick (CDU)



# beginnt Haushaltsberatungen

nung und die Personalpolitik bei der Polizei mit jährlich 3.000 neuen Polizeianwärterinnen und -anwärtern. „Die Wahrheit ist auch: Wir können uns nicht alle Vorhaben erlauben“, sagte der Abgeordnete – vor allem, wenn es an der Unterstützung des Bundes fehle wie bei den kommunalen Altschulden. Priorität im Haushalt hätten Kinder und Jugendliche.

**Henning Höne**, FDP-Fraktionsvorsitzender, bezeichnete den Haushaltsentwurf als einen „Haushalt der verpassten Chancen“. Ohne Mut und Risiko könne nichts Neues entstehen. „Ich glaube, der Staat muss bei seinen Kernaufgaben wieder schlagkräftiger werden“, sagte er. Das erfordere, an anderer Stelle zu verschlanken und mehr auf Eigenverantwortung zu setzen. Was verteilt werde, müsse zuvor erwirtschaftet werden. Höne forderte einen Industrie-Konsens: einen politischen Konsens, dass Industrie in Nordrhein-Westfalen auch in Zukunft gewollt sei. Für kleine Unternehmen werde zu wenig getan. Schwarz-Grün mache eine „Politik für die Kämmerer, nicht für die Bürger“. Bei der Grunderwerbsteuer habe die Landesregierung ihr Wort gebrochen. Höne kritisierte Kürzungen im Haushalt u. a. bei der Polizei und bei der Gewinnung von Kita-Personal. Den Altschuldenfonds bezeichnete er als einen „Vertrag zulasten Dritter“ und attestierte der Landesregierung: „Sie laufen sehenden Auges in eine Überschuldungswelle der Kommunen.“

Das Haushaltsvolumen steige zwar um 7,2 Milliarden Euro an, dennoch sei der Etat „in vielen Bereichen geprägt von Einsparungen und notwendigen Priorisierungen“, sagte Grünen-Fraktionschefin **Wibke Brems**. Sie wies

auf tiefgreifende Veränderungen und Krisen sowie die damit verbundenen Herausforderungen hin. Beispiele seien die Folgen der Klimakrise sowie der Arbeits- und Fachkräftemangel. Digitalisierung und Automatisierung veränderten zudem „rasant Abläufe und Regeln unserer Wirtschaft und unseres sozialen Miteinanders“. Hinzugekommen seien Pandemie, Ukraine-Krieg, Energiepreisanstieg und Inflation. Das alles zusammen präge den Landshaushalt. Seine großen Themen seien Sicherheit, Schule, Kinder und Klimaschutz. Die Koalition übernehme Verantwortung und mache Nordrhein-Westfalen zukunftsfest, sagte Brems. Der Bund aber versuche, seine Haushaltslöcher zu stopfen, „indem er den Ländern und Kommunen das Fundament entzieht“. Allein das „Entlastungspaket III“ sorge in NRW für jährliche Mindereinnahmen von 4 Milliarden Euro.

## „Aussichten sind düster“

Während die Wirtschaft in anderen G7-Staaten wachse, sei Deutschland in eine Rezession gerutscht, kritisierte AfD-Fraktionschef **Dr. Martin Vincentz**: „Die Aussichten für die Zukunft sind düster.“ Schwarz-Grün trage in Nordrhein-Westfalen zur Misere bei, statt sie zu lösen. Es fehlten Kita-Plätze, Brücken seien „hochgradig marode“, Staus kilometerlang, Plätze in Pflegeheimen teuer. Die Bürokratie sei „überbordend“. Zudem fehlten Fachkräfte und Investitionen in die Zukunft. „Wir waren mal ein reiches Land, mit Ihnen sind wir jetzt nachhaltig ruiniert“, sagte der Abgeordnete an die Landesregierung gerichtet. Die Grenzen des Landes müssten bes-

ser geschützt werden. „Deutschland braucht eine Willkommenskultur – und zwar für Investitionen, technologischen Fortschritt und Leistung.“ Es müsse mehr für die Innere Sicherheit und gegen Kriminalität getan werden. Nordrhein-Westfalen müsse wieder zum „Motor Deutschlands“ werden. Dafür stehe die AfD. „Wir sind gekommen, um Deutschland wieder vom Kopf auf die Füße zu stellen.“ *wib, zab, sow, tob*

„Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2024 (Haushaltsgesetz 2024)“ (18/5000), „Finanzplanung 2023 bis 2027“ (18/1417); die Entwürfe wurden zur weiteren Beratung an den Haushalts- und Finanzausschuss (federführend) überwiesen.

## Eckdaten des Haushalts

Der Entwurf der Landesregierung für den Haushalt 2024 hat ein Volumen von 101,9 Milliarden Euro und damit 7,2 Milliarden Euro mehr als im laufenden Jahr. Nach Angaben von Finanzminister Dr. Marcus Optendrenk (CDU) ist erneut keine Aufnahme neuer Schulden vorgesehen.

Die Landesregierung rechnet mit Steuereinnahmen in Höhe von 77,7 Milliarden Euro im Vergleich zu 74,4 Milliarden Euro in diesem Jahr. Die Personalausgaben betragen 34,5 Milliarden Euro (32,1). Die Summe der Investitionen steigt von 9,9 auf 10,8 Milliarden Euro.

Schwerpunkte bei den Investitionen seien Bildung, Klimaschutz und Energiewende, erläuterte der Minister. Bei der Bildung belaufen sie sich demnach auf mehr als 38 Milliarden Euro. Geplant sei u. a. die Weiterentwicklung und Förderung der frühkindlichen Bildung.

Henning Höne (FDP)

Wibke Brems (Grüne)

Dr. Martin Vincentz (AfD)



## Bunte Ideen zur „Heimat“

7. August 2023 – Der Präsident des Landtags, André Kuper, hat Anfang August den Startschuss für den Mal- und Bastelwettbewerb 2023/2024 an den nordrhein-westfälischen Grundschulen gestartet. Thema des Wettbewerbs ist dieses Jahr die „Heimat Nordrhein-Westfalen“.

„Mein Land Nordrhein-Westfalen: Malt oder bastelt, was für Euch Heimat bedeutet“ – so lautet das Motto des Wettbewerbs. Beteiligen können sich wieder alle vierten Klassen der Grundschulen im ganzen Land.

Präsident Kuper sagte zum Start des Wettbewerbs: „Mir liegt die Demokratiebildung von Kindern sehr am Herzen. Aus diesem Grund hat der Landtag ein umfangreiches Angebot auch für Grundschülerinnen und Grundschüler. Der jährliche Mal- und Bastelwettbewerb ist ein wichtiger Bestandteil. Ich möchte die Kinder und Lehrkräfte ermutigen, sich mit dem Landtag und der parlamentarischen Demokratie zu beschäftigen. Und ich freue mich auf die kreativen Ideen und Gedanken der jungen Bürgerinnen und Bürger zum Thema Heimat.“

Pro Klasse kann ein Bild oder eine Bastelarbeit beim Landtag eingereicht werden. Einsendeschluss ist der 31. Oktober 2023. Die Entscheidung fällt wie schon im Vorjahr das Präsidium des Landtags bestehend aus dem Präsidenten, Vizepräsident Rainer Schmeltzer, Vizepräsidentin Berivan Aymaz und Vizepräsident Christof Rasche.

Es werden insgesamt 2.150 Euro an Preisgeldern für die Klassenkassen vergeben (Plätze eins bis vier). Die Siegerehrung findet voraussichtlich Anfang 2024 im Landtag statt.

Im vergangenen Jahr hatten sich 91 Schulen mit 125 Bildern am damals noch reinen Malwettbewerb beteiligt. Das Thema lautete „Was wünscht Ihr Euch für das Jahr 2023?“.

Angesichts des russischen Angriffskriegs in der Ukraine spielte die Hoffnung auf Frieden eine sehr große Rolle in den Bildern der Kinder. Weitere Topthemen waren die Hoffnung auf ein Ende der damals noch akuten Corona-Pandemie sowie der Klima-, Natur- und Tierschutz. Aber auch sehr persönliche Bitten malten die Kinder, so der Wunsch nach einem eigenen Hund oder „besseren Schlaf für Mama“. Den ersten Platz belegte die Klasse 4b der Pestalozzischule in Krefeld.

red



Mehr Informationen:  
<https://lt.nrw/malwettbewerb>



# Landtag macht die Nacht zum Tag

29. September 2023 – Es ist wieder soweit: Nach Corona-bedingter Pause findet am Freitag, 29. September 2023, im Landtag die „Parlamentsnacht“ statt, zu der Präsident André Kuper alle Bürgerinnen und Bürger einlädt. Anlass ist das Jubiläum „35 Jahre Landtag am Rhein“.

Die Gäste erwartet ein buntes Programm aus Unterhaltung und Information, an dem sich auch die fünf im Landtag vertretenen Fraktionen mit eigenen Angeboten beteiligen.

Geplant sind u. a. Talkrunden mit dem Präsidenten des Landtags, André Kuper, seiner Stellvertreterin und seinen Stellvertretern sowie Abgeordneten aller Fraktionen. Das „Haus der Geschichte Nordrhein-Westfalen“ präsentiert sich mit einem „MuseumMobil“. Der Petitionsausschuss, der „Kummerkasten“ für Bürgerinnen und Bürger, stellt seine Arbeit vor. Und es gibt Informationen über den geplanten Erweiterungsbau des Landtags.

Interessierte können sich die Wanderausstellung des Landtags für Schulen anschauen, eine Ausstellung zu den Kunstwerken des Landtags und die Fotos des Landtags-Wettbewerbs „NRW-Pressfoto“. Sie erhalten Informationen

über die Arbeit des Parlaments und der Abgeordneten sowie das Engagement der Parlamentarierinnen und Parlamentarier in Europa. Im Plenarsaal finden Vorträge des Besucherdienstes statt. Eine Quiztour und Smartphone-Touren führen die Besucherinnen und Besucher durch das Landtagsgebäude.

Der Düsseldorfer Künstler Jacques Tilly, bekannt für seine Karnevalswagen, gewährt in Talkrunden Einblicke in seine Arbeit. In Kooperation mit dem Literaturbüro NRW gibt es Poetry Slam zum Thema „Poetry for Future“ und bei einer Benefizauktion kommen Gastgeschenke des Landtags für den guten Zweck unter den Hammer. Mit dabei sind auch der Zauberkünstler Yuta Maruyama und weitere Zauberkünstler des Apollo-Variétés. Für die Musik sorgen u. a. Ensembles des WDR-Sinfonieorchesters.

Präsident Kuper sagt: „Das Landtagsgebäude am Rhein steht bis heute wie kaum ein zweites Parlamentsgebäude für die demokratischen Prinzipien von Transparenz und Bürgernähe. Mit seinen großen Glasfassaden und dem sich zur Stadt öffnenden Vorplatz erlaubt es den Blick hinein in das Herz der Demokratie. Und es verbindet die Abgeordneten zugleich mit den Bürgerinnen und Bürgern, in deren Auftrag sie alltäglich Entscheidungen für unser Zusammenleben treffen. Das Präsidium des Landtags, die Abgeordneten aller Fraktionen und ich ganz persönlich freuen uns, mit Ihnen das Jubiläum ‚35 Jahre Landtag am Rhein‘ und unsere Demokratie zu feiern.“

Der Neubau war am 2. Oktober 1988 feierlich eröffnet worden. Zuvor hatte der Landtag im Ständehaus in Düsseldorf getagt, das heute Sitz des Kunstmuseums „K21“ ist. Das historische Gebäude hatte bereits von 1880 bis in die 1930er-Jahre als Parlamentsgebäude des Provinziallandtags der preußischen Rheinlande gedient und war nach dem Krieg ab 1949 der erste ständige Sitz des Landtags.

Das Ständehaus war aber zu klein geworden und so wurde Ende der 1970er-Jahre beschlossen, ein neues Landtagsgebäude direkt am Rhein zu errichten – auf dem Gelände des früheren Berger Hafens.

Auf den Seiten 10 bis 15 lesen Sie mehr über die Entstehungsgeschichte des Landtags am Rhein und seine Geschichte. *red*

Zur Parlamentsnacht erscheint eine Sonderausgabe von Landtag Intern, die ab dem 29. August 2023 online zur Verfügung steht:

[www.landtag.nrw.de](http://www.landtag.nrw.de)

Mehr Informationen zur Parlamentsnacht:

<https://lt.nrw/Parlamentsnacht2023>



Foto: Zanin

Das Landtagsgebäude am Rhein gehört zu den beeindruckendsten Parlamentsneubauten der deutschen Nachkriegsgeschichte. Mit seiner kreisrunden Architektur fasziniert es jedes Jahr Tausende Besucherinnen und Besucher. Dem Neubau ging allerdings eine intensive Debatte voraus – bis am Ende ein Entwurf für einen repräsentativen Bau stand, der die Jury durch ein „Spiel mit Kreisen“ überzeugte. Aber warum brauchte es überhaupt ein neues Parlamentsgebäude? Eine Spurensuche.

# Eine rund

Nein, so konnte es nicht weitergehen, da waren sich die Landtagsfraktionen von CDU, SPD und FDP einig. Die Räume im Düsseldorfer Ständehaus, wo der Landtag seit 1949 tagte, waren zu eng. Es mangelte an Büros für Abgeordnete, an Räumen für die Fraktionen, die Verwaltung, die Bibliothek, und vor allem mangelte es an Platz im Plenarsaal: Im 19. Jahrhundert, als das Rheinland noch unter preußischer Herrschaft stand, war der Saal des damaligen rheinischen Provinziallandtags für rund 80 Personen hergerichtet worden, die selten tagten. Jetzt aber, nach 1949, tummelten sich im fensterlosen Plenarsaal bei schlechter Akustik und trübem Licht mehrere hundert Menschen, darunter neben Abgeordneten auch Besucherinnen und Besucher sowie Pressevertreterinnen und -vertreter.

## Erweiterungsbau

Die Frage nach Alternativen entwickelte sich zum Dauerthema im Landtag: Zwischen 1955 und 1972 gab es rund 80 Initiativen, die auf neue Baumaßnahmen zielten; mal sollte es ein Umbau sein, mal ein Anbau, dann wieder ein Neubau an einem anderen Standort. Auch weit gediehene Entwürfe wurden jedes Mal zu den Akten gelegt: Als 1977 beispielsweise ein Erweiterungsbau am Ständehaus entstehen sollte, machte sich eine Bürgerinitiative für den Erhalt der Grünanlagen am Schwanenspiegel stark. Das Projekt geriet ins Stocken. In den Jahren zuvor waren bereits neue Standorte etwa auf dem Düsseldorfer Messengelände oder an der Haroldstraße verworfen worden. Aus Platznot kam es zu Behelfslösungen; der Landtag war



Foto: Schälte

Foto: Eva Brückhaus



Das Bild zeigt das Baugelände im März 1981. Im Hintergrund zu sehen: die Rheinkniebrücke.

# e Sache am Rhein

zeitweise in sieben Gebäuden untergebracht – für viele Abgeordnete, aber auch Mitarbeitende in der Verwaltung ein unhaltbarer Zustand. „Zuständehaus“ wurde das Ständehaus laut einem Bericht des „Spiegel“ deshalb auch genannt.

Unruhe machte sich breit: Hans Koch, damals Vorsitzender der FDP-Landtagsfraktion, forderte im Januar 1978 laut einem Zeitungsartikel, dass der Landtag nach Neuss umziehen solle, wenn in Düsseldorf keine Lösung gefunden werde. Der SPD-Abgeordnete Hans-Georg Vitt schlug vor, der Landtag solle nach Essen in die Villa Hügel verlegt werden. Die Stadt Köln unterbreitete sogar ein Angebot für ein Baugrundstück – bis die Stadt Düsseldorf schließlich ein Gelände ausfindig machte, das sich im Nachhinein als Glücksgriff herausstellen sollte: Der Berger Hafen, direkt am Rhein, sollte trockengelegt werden, um ein Areal für ein repräsentatives Landtagsgebäude herzurichten.

Im Dezember 1978 beschloss der Hauptausschuss des Landtags, das rund 32.000 Quadratmeter große Grundstück zu kaufen. Wenig später legte der damalige Landtagspräsident Dr. Wilhelm Lenz ein Raumkonzept vor und erläuterte seine Vorstellungen zum Plenarsaal, dem Herzstück des parlamentarischen Geschehens: „Alle Abgeordneten, auch die Mitglieder der Landesregierung, sitzen in kreisförmiger Anordnung.“ Das Kreisrund des Raumes sollte mit der traditionellen Sitzordnung – dem Gegenüber von Parlament und Regierung – brechen und bei aller Verschiedenheit der Standpunkte einen parlamentarischen Debattenstil des Miteinanders prägen.

Gut ein halbes Jahr später verpflichtete sich die Stadt, die Rheinuferstraße, die damals noch direkt vor dem Baugrundstück verlief, in einen Tunnel zu verlegen. Damit war der Weg frei für einen bundesweiten Architektenwettbewerb, der 1979 ausgeschrieben wurde. 58 Entwürfe wurden eingereicht, im Februar 1980 prämierte eine Jury die Sieger: Der erste Preis ging an das Architektenbüro Eller-Moser-Walter & Partner aus Düsseldorf.

Ausgehend von der Forderung nach einem kreisrunden Plenarsaal machten die Architekten runde Formen zum wesentlichen Gestaltungsmerkmal des Parlamentsneubaus. „Wie eine geöffnete Blüte“ habe das Bauwerk im Preisträgerentwurf ausgesehen, schrieb ein Journalist in der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“ am 5. März 1980. Der Entwurf bestand aus 27 Ringen, Zylindern und Spangen – alle angeordnet um den runden Plenarsaal. Runde Fraktions- und Ausschusssäle umgaben den Plenarbereich wie Satelliten. Weitere Trakte mit Büroräumen waren schalenförmig um den Plenarsaal angeordnet.

„Der Plenarsaal als ‚Kern‘ ist wie ein Fixstern von den Fraktionssälen und den Spiralformen der Abgeordnetenbereiche umrundet“, schrieb Architekt Prof. Fritz Eller (1927–2018), der damals an der RWTH Aachen lehrte, rückblickend über die gestalterischen Ideen. Ein „Spiel mit Kreisen“ habe ihm und seinen Architektenkollegen vorgeschwebt. „Wir versuchten, ein architektonisches Bild zu entwerfen, in dem der Sinn des Parlaments und das Wesen unserer Demokratie zum Ausdruck kommen.“ Das neue Gebäude sollte für Bürgernähe, Offenheit und Transparenz

stehen – ein Grund dafür, warum so viel Glas verbaut wurde.

## Die Bagger rollen an

Im April 1980 begannen die Vorbereitungen für den Bau: Zunächst wurde das Becken im aufgegebenen Berger Hafen mit Kies aufgeschüttet, anschließend rollten die Bagger an, um die Speicher, Lagerschuppen und Kräne abzubrechen. Die Stadt übergab das baureife Gelände im August 1981. Baubeginn war ein Jahr später, 1984 wurde Richtfest gefeiert, und es dauerte weitere vier Jahre, bis am 7. September 1988 das Landesparlament erstmals im neuen Gebäude tagte. Am 2. Oktober 1988 wurde der Landtag am Rhein offiziell eingeweiht – genau 42 Jahre, nachdem die nordrhein-westfälische Volksvertretung am 2. Oktober 1946 erstmals getagt hatte.

Prof. Heinrich A. Große-Sender, damaliger Direktor des Landtags, würdigte den neuen Landtag kurz nach seiner Eröffnung in einer Broschüre: „Das neue Haus soll der heutigen Auffassung von Demokratie gerecht werden. Kontrollierbarkeit von Entscheidungsvorgängen, Transparenz und Bürgernähe sind daher wichtige Merkmale des Gebäudes.“ Bewusst sei auf „überkommene Symbolik von Herrschaftsmacht“ verzichtet worden. „Das Gebäude thront nicht über der Stadt, sondern, eingebettet in einen Bürgerpark und nach Form, Höhe und Materialien stadtplanerisch in die Stadt integriert, präsentiert sich der Landtag als Haus der Bürger dieses Landes.“ Und da steht es noch immer, zwischen Rheinkniebrücke und Fernsehturm, eingebettet in den Bürgerpark – ein Bau, der Maßstäbe setzt. *tob*



Foto: Eva Brückhaus

Der damalige Landtagspräsident John van Nes Ziegler besucht im Februar 1983 die Baustelle im Berger Hafen.



Foto: Eva Brückhaus

Das Bild zeigt die Baustelle im September 1984, zwei Monate vor dem Richtfest für den Neubau.



Foto: Eva Brückhaus

Planungsmodell aus dem Jahr 1982 der Sieger des Architektenwettbewerbs zum Landtagsneubau.

# Von der Oper an den Rhein – Die

Das Landtagsgebäude am Rhein ist der vierte Sitz des nordrhein-westfälischen Parlaments seit seiner Konstituierung 1946. Nur rund anderthalb Jahre nach Ende des Zweiten Weltkriegs legte die britische Militärregierung damals den Grundstein für eine demokratische Entwicklung an Rhein, Ruhr und Lippe. Eine Reise zurück in die Geschichte.

wib

## Henkel-Werke

Ab dem 12. November 1946 werden die Henkelwerke in Düsseldorf-Holthausen zum provisorischen Sitz des Landtags. Die Abgeordneten tagen im Gesolei-Saal – 90 Plenarsitzungen finden hier statt. Die Arbeitsbedingungen sind schwierig: Nur die Landtagsmitglieder in der ersten Reihe haben Tische, die übrigen müssen ihre Sitzungsunterlagen auf den Knien ablegen. Zudem wird der Saal auch für werksinterne Veranstaltungen genutzt sowie von der britischen Besatzungsmacht für Filmvorführungen und von den Städtischen Bühnen für Theater- und Operettenaufführungen. Die Mehrfachnutzung führt dazu, dass Landtagssitzungen auch vorzeitig abgebrochen werden müssen.



Opernhaus

Foto: LAV NRW, RWB 01440-02 Carl August Stachelscheid



Gesolei-Saal im Jahr 1948 Foto: Henkel AG & Co. KGaA

## Opernhaus

Am 2. Oktober 1946 kommt der Landtag zu seiner historischen ersten Sitzung im Düsseldorfer Opernhaus zusammen. Die britische Militärregierung hatte das Land im August gegründet. Dem ersten Landtag gehören je 100 von den Briten ernannte Abgeordnete aus dem Rheinland und Westfalen an, darunter Konrad

Adenauer, der spätere erste Bundeskanzler. Das Opernhaus ist in der zerbombten Stadt der einzige Ort, der für eine feierliche Konstituierung infrage kommt. Das 1875 eröffnete Gebäude war durch Luftangriffe im November 1943 zwar stark beschädigt, aber nach dem Krieg provisorisch wieder hergerichtet worden.



Der Landtag am Rhein

# Standorte des Landtags seit 1946



Ständehaus im Februar 1997

Foto: Schälte

## Ständehaus

Im März 1949 wird das im Krieg stark zerstörte Ständehaus wieder eröffnet und zum ersten ständigen Sitz des Landtags. Das von 1876 bis 1880 erbaute Gebäude hatte von 1880 bis in die 1930er-Jahre den Provinziallandtag der preußischen Rheinlande beherbergt. Bereits nach wenigen Jahren stellt sich in dem Gebäude

Raumnot ein, so dass ab 1959 immer neue Entwürfe für An- und/oder Aufbauten diskutiert werden. Schließlich fällt der Entschluss, einen neuen Landtag an anderer Stelle zu errichten. Heute ist im Ständehaus das Museum K21, eine Dependence der Kunstsammlung NRW, untergebracht.

## Landtag am Rhein

Von 1982 bis 1988 dauert der Bau des Landtags am Rhein auf dem Gelände des früheren Berger Hafens. In einem bundesweiten Wettbewerb hatte sich das Architektenbüro Eller-Moser-Walter & Partner mit seinem Konzept durchgesetzt. Die Idee für den Entwurf stammte von den Abgeordneten: Sie wollten einen kreisrunden Plenarsaal, einen Ort, an dem alle zusammenkommen

und vom eigenen Platz aus mit den anderen sprechen können. Am 2. Oktober 1988 wird der Parlamentsneubau eröffnet – auf den Tag genau 42 Jahre nach der ersten Sitzung des Parlaments im Düsseldorfer Opernhaus.



Foto: Schälte

Grundstückgröße:

30.064 m<sup>2</sup>

Höhe:

21 m

Breite:

105 m

Verbaute Sandstein innen und außen, rund:

10.000 m<sup>2</sup>

Fensterfläche:

28.536 m<sup>2</sup>

Fenster:

2.124

Türen:

2.377

Bürräume:

590

Sitzungsräume:

25

Toilettenräume:

43

Aufzüge:

14

Sitzplätze im Restaurant:

380

Parkplätze in der Garage:

787

# Der Landtag in Zahlen

Der Landtag am Rhein beeindruckt seit 35 Jahren mehr als 100.000 Besucherinnen und Besucher pro Jahr durch seine Einzigartigkeit. Dabei steht der kreisrunde Plenarsaal im Mittelpunkt des Gebäudes. Landtag Intern stellt das Gebäude in aktuellen Zahlen vor.





## Der Plenarsaal

Foto: Schälte

Größe:  
**725 m<sup>2</sup>**

Durchmesser:  
**30 m**

Sitzplätze für Abgeordnete:  
**195**

Sitzplätze für Präsident, Schriftführer und  
Landtagsverwaltung für die Sitzungsleitung:  
**5**

Sitzplätze für die Landesregierung:  
**44**

Größe der Zuschauertribüne:  
**413 m<sup>2</sup>**

Plätze der Zuschauertribüne:  
**336**

Foto: Heuer

# Gemeinsam für eine starke Demokratie

18. – 20. Juni 2023 – Der Kampf gegen zunehmende antidemokratische Tendenzen und die Stärkung der parlamentarischen Demokratie standen im Mittelpunkt der Landtagspräsidentenkonferenz im Juni 2023, zu der der Präsident des Landtags Nordrhein-Westfalen, André Kuper, eingeladen hatte.

Unter Vorsitz von Präsident Kuper kamen die Spitzen der 30 Parlamente aus Deutschland, Österreich, Südtirol und der deutschsprachigen Gemeinschaft in Belgien in Ostwestfalen-Lippe zusammen. Nach intensiven Debatten beschlossen die Parlamentsspitzen die „Westfälische Erklärung“.

Die Westfälische Erklärung richte den Blick auf die parlamentarische Demokratie als Ganzes, „die gegenwärtig zunehmend unter Druck gerät“, heißt es darin. „Symptome dieser Entwicklung sind sinkende Wahlbeteiligung, zunehmende politische Polarisierung, Ablehnung demokratisch erzielter Kompromisse und offen zur Schau gestellte Abneigung gegen demokratische Institutionen.“

Die Erklärung bündelt zahlreiche konkrete Maßnahmen der politischen Bildung, um die Demokratie zu stärken. So soll jährlich der 15. September, der Internationale Tag der Demokratie, in allen Ländern begangen und auf die Stärke der Demokratie hingewiesen werden.

Präsident Kuper betonte: „Unser Zusammenleben in Frieden und Freiheit, in staatlicher Einheit und gesellschaftlicher Vielfalt ist alles andere als selbstverständlich. Die Präsidentinnen und Präsidenten sind und bleiben entschlossen: Es gibt nur einen zukunftsweisenden Weg, den historischen Lehren und den gegenwärtigen Gefahren für unsere Lebensweise zu begegnen: Das ist der Einsatz für die parlamentarische Demokratie und die Werte, die sie stärken. Wir engagieren uns im Politischen wie im Persönlichen für den Zustand unserer Demokratie: um ihrer guten Zukunft willen, um der Menschen willen, um der Zukunft unserer Kinder und Kindeskinde r willen.“

Als Gastredner der Konferenz war der frühere Bundespräsident Dr. Joachim Gauck nach

Ostwestfalen gekommen. Er wies auf den Zusammenhang von Freiheit und Verantwortung hin und sagte, die Demokratien würden von außen und innen bedroht – von Diktatoren, die westliche Freiheit ablehnten, und von innen von Extremisten.

Die Politik müsse den Menschen Antworten geben, die sich durch die Moderne, durch die Transformationsprozesse von Klimawandel und Digitalisierung, überfordert fühlten. Gauck betonte: „Deutschland ist heute eine funktionierende Demokratie mit rechtstreuen Menschen und rechtstreuen Institutionen. Viele halten das für selbstverständlich, das ist es aber nicht.“

Auf der Konferenz stellten Wissenschaftler Studien vor, die Grundlage der „Westfälischen Erklärung“ sind. Der Politikwissenschaftler Prof. Dr. Karl-Rudolf Korte hatte erforscht, warum Bürgerinnen und Bürger nicht an Wahlen teilnehmen. Als Gründe nannte er u. a. fehlende Kenntnisse über die Demokratie und die Landespolitik, Frustration, keine Änderungen herbeiführen zu können, und eine geringe Politik-Passion. Eine Studie der Bertelsmann-Stiftung zu Verschwörungsnarrativen kam zu dem Ergebnis, dass etwa 12 Prozent der Befragten Verschwörungstheorien anhängen und fast ein Drittel der Befragten glaubt, dass geheime Organisationen Einfluss auf die Politik hätten.

## Besuch in Gedenkstätte

Ein weiteres Thema der Konferenz war die Erinnerungs- und Gedenkkultur der Landesparlamente bei der Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus, der Bekämpfung von Antisemitismus oder der Förderung jüdischen Lebens. Die Präsidentinnen und Präsidenten besuchten dazu auch die Gedenkstätte Stalag 326 (VI K)



Präsident André Kuper (re.) mit dem früheren Bundespräsidenten Dr. Joachim Gauck Fotos: Besim Mazhiq

Senne in Schloß Holte-Stukenbrock, ein ehemaliges Kriegsgefangenenlager der Wehrmacht.

Die regelmäßigen Spitzentreffen der Parlamente dienen der Koordination und dem Erfahrungsaustausch. Die Präsidentinnen und Präsidenten erörtern unter jährlich wechselnder Federführung neben aktuellen Themen Fragen des Föderalismus sowie die Position der Landesparlamente zu europäischen Themen. Im Wechsel nehmen auch die deutschsprachigen Landtage aus Österreich, Südtirol und der deutschsprachigen Minderheit in Belgien teil.

Unter Vorsitz von André Kuper fanden zwei Tagungen der Präsidentinnen und Präsidenten statt: vom 22. bis 23. Januar 2023 in Brüssel und vom 18. bis 20. Juni 2023 im Kreis Gütersloh. Auch die Direktorinnen und Direktoren der Parlamente tagten zweimal in Nordrhein-Westfalen, in Bonn und in Dortmund. **red**

Mehr zur „Westfälischen Erklärung“ unter <https://lt.nrw/LPK>



Die Präsidentinnen und Präsidenten der deutschsprachigen Parlamente konferierten drei Tage lang in Ostwestfalen.



# Sexualisierte Gewalt und Kirche

10. August 2023 – Wie können Kinder und Jugendliche vor sexualisierter Gewalt im kirchlichen Umfeld geschützt werden? Was haben die Kirchen bereits unternommen? Wie kann die Aufarbeitung beschleunigt und optimiert werden? Um diese und weitere Fragen ging es in einer Sachverständigenanhörung der Kinderschutzkommission.

Foto: Schälte

Sexualisierte Gewalt komme „in allen Milieus, in allen Entwicklungsstufen und in allen Lebensabschnitten vor“, heißt es in der schriftlichen Stellungnahme des Katholischen Büros Nordrhein-Westfalen für die Kommission. „Asymmetrische Machtbeziehungen“ seien einer der wichtigsten begünstigenden Faktoren. Die Bistümer in Nordrhein-Westfalen hätten 2011 eine „einheitliche Präventionsordnung zum Schutz von Kindern, Jugendlichen und schutz- oder hilfebedürftigen Erwachsenen vor sexueller Gewalt“ erlassen. Sie gelte für alle Kirchengemeinden, kirchlichen Träger der Kinder- und Jugendhilfe sowie der Alten-, Kranken- und Behindertenhilfe. Seit 2022 benenne sie zusätzliche Aufgaben für die Leitungsverantwortlichen, die diözesanen Fachstellen, alle Einrichtungen sowie alle Ehren- und Hauptamtlichen. Vorgeschrieben seien u. a. Schulungen und Schutzkonzepte.

Alle fünf Bistümer hätten eigene, weisungsungebundene Interventionsstellen eingerichtet. Sie seien zuständig für die Bearbeitung von (Verdachts-)Fällen einschließlich des kirchlichen Voruntersuchungsverfahrens, die Aufarbeitung von Altfällen und die „Umsetzung des Verfahrens zur Anerkennung des Leids“. Übergeordnetes Ziel sei es, „die Interessen und den Schutz der Betroffenen vor die Interessen der kirchlichen Organisation zu stellen“.

Die „Katholische Landesarbeitsgemeinschaft Kinder- und Jugendschutz Nordrhein-Westfalen“ spricht in ihrer Stellungnahme ebenfalls die „vorliegenden Macht- und Abhängigkeitsverhältnisse“ an. Reformvorschläge würden allerdings „immer wieder durch einige Bistümer und/oder durch Stellungnahmen aus Rom blockiert“. Der „kirchlichen Sexualmoral als begünstigendem Faktor“ könne neben Reformen u. a. durch einen größeren Fokus auf die Sexuelle Bildung entgegengewirkt werden. Es sei wichtig, „eine Sprachfähigkeit über Sexualität herzustellen“. Erst wenn Angst und Scham einem offenen sprachlichen Umgang mit dem Thema wichen, könnten auch „übergreifige Situationen“ angesprochen werden.

## „Wahrnehmbare Anstrengungen“

Die katholische Kirche habe in den vergangenen zehn Jahren „wahrnehmbar Anstrengungen unternommen“, um Maßnahmen zur Prävention von Gewalt und Missbrauch zu entwickeln, so Simon Friede, Interventionsbeauftragter im Bistum Essen, in seiner Stellungnahme. Ein wichtiger Aspekt sei dabei die Etablierung von Ansprechpersonen: „Sie agieren weisungsunabhängig von den kirchlichen Hierarchien und sind damit in der Lage, neutral und objektiv zu handeln.“ Dieser Prozess sei aber

noch nicht abgeschlossen: „Die Kirche wird stets sicherstellen müssen, dass diese unabhängigen Instanzen über ausreichende Ressourcen, Vollmachten und Expertise verfügen, um ihre Aufgaben effektiv zu erfüllen.“

Es sei wichtig, staatliche und kirchliche unabhängige Kontroll- und Aufsichtsmechanismen einzurichten, um die Umsetzung der Präventions- und Interventionsmaßnahmen zu überwachen. Prävention, Intervention und Aufarbeitung dürften „niemals allein in der Verantwortung betreffender Institutionen liegen“. Der Interventionsbeauftragte wies – wie andere Sachverständige ebenfalls – auf die Einbindung Betroffener hin. Erst deren Einbeziehung könne „ein Verständnis dafür ermöglichen, wie sexueller Missbrauch von Kindern und Jugendlichen möglich ist, wann Prävention wie hätte wirken können und wie eine wirksame Aufarbeitung zu gestalten ist“. Erst ihre Einbeziehung in den Aufarbeitungsprozess schaffe „Raum für Heilung und Versöhnung“.

Zwar stünden derzeit die Kirchen im Mittelpunkt der Debatte, „aber gerade, wenn es um Kinder und Jugendliche geht, gibt es eine staatliche Mitverantwortung“, schreibt die „Unabhängige Kommission zur Aufarbeitung sexuellen Kindesmissbrauchs“ (Berlin) in ihrer Stellungnahme. Die Kommission wurde 2016 aufgrund eines Bundestagsbeschlusses einbe-

rufen. Die Sicherung der Kinderrechte sei eine staatliche Pflichtaufgabe und könne nicht delegiert werden. Diese Aufgabe gelte es auch gegenüber kirchlichen Institutionen konsequent wahrzunehmen. Der Staat müsse klare und einklagbare Regeln schaffen, die die notwendige Unabhängigkeit von Aufarbeitung sichere. Nordrhein-Westfalen brauche ein Landesgesetz zur Aufarbeitung sexualisierter Gewalt und zur konsequenten Entwicklung von Schutzkonzepten und Präventionsmaßnahmen. Einzurichten seien u. a. das „Amt eines unabhängigen Missbrauchsbeauftragten“, ein Betroffenenbeirat und eine unabhängige Aufarbeitungskommission mit Fachleuten aus Rechtswissenschaften, Pädagogik, Psychologie/Psychotherapie, Soziologie und Medizin.

## Fortbildungspflicht

In den drei evangelischen Landeskirchen auf dem Gebiet Nordrhein-Westfalens sowie für das Diakonische Werk Rheinland-Westfalen-Lippe seien 2020/2021 Kirchengesetze zum Schutz vor sexualisierter Gewalt verabschiedet worden, heißt es in der schriftlichen Stellungnahme des Evangelischen Büros NRW. Es handle sich um „flächendeckende und verbindliche Vorgaben“. Dazu gehörten u. a. die Vorlage erweiterter Führungszeugnisse für alle beruflich und ehrenamtlich Mitarbeitenden, konsequenter Tätigkeitsausschluss bei strafrechtlicher Verurteilung sowie Schutz- und Schulungskonzepte. Alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter seien „kirchengesetzlich zur Teilnahme an Fortbildungen zum Thema ‚Schutz vor sexualisierter Gewalt‘ verpflichtet“. Kirchenleitungen, Kreissynodal- und Verbandsvorstände, Presbyterien und Einrichtungsleitungen seien verpflichtet, für Fortbildungsangebote zu sorgen – und auch dafür, dass alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter teilnehmen.

Obwohl bereits wichtige Maßnahmen ergriffen worden seien, blieben weitere Anstrengungen erforderlich, schreibt die Fachstelle „Aktiv gegen sexualisierte Gewalt“ der Diakonie Deutschland in ihrer Stellungnahme. Das Signal, dass es bei Fragen der Prävention und Intervention im Zusammenhang mit sexualisierter Gewalt „dauerhafter und kontinuierlicher Anstrengungen“ bedürfe, sei noch nicht bei allen Leitenden der kirchlichen und diakonischen Einrichtungen angekommen. *zab*

Alle eingegangenen schriftlichen Stellungnahmen finden Sie unter [www.landtag.nrw.de](http://www.landtag.nrw.de).

# Standpunkte

Beiträge in alleiniger Verantwortung der Fraktionen

## Sexualisierte Gewalt im kirchlichen Umfeld ...



**Charlotte Quik**  
(CDU)



... muss weiter schonungslos und transparent aufgearbeitet werden. Kinder und Jugendliche vor Missbrauch zu schützen, ist darüber hinaus eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Seitens der Kirchen wurden in den vergangenen Jahren deutliche Anstrengungen unternommen, um Maßnahmen zur Prävention von Gewalt und Missbrauch zu entwickeln.



**Dr. Dennis Maelzer**  
(SPD)



... ist Teil eines gesamtgesellschaftlichen Problems. Überall dort, wo mit Kindern gearbeitet wird oder Kinder Zeit verbringen, kann es zu sexualisierter Gewalt kommen. Im kirchlichen Raum gibt es aber Faktoren, die begünstigend wirken können: moralische Grundsätze, die das Gespräch über Sexualität zum Tabu machen, oder asymmetrische Machtverhältnisse. Diese gilt es offenzulegen und dafür zu sensibilisieren.



**Norika Creuzmann**  
(Grüne)



... wurde in der Vergangenheit immer wieder öffentlich und macht uns betroffen. Gerade dort, wo christliche Werte und seelsorgerische Arbeit im Vordergrund stehen sollten, gerade dort, wo Kinder und Jugendliche Schutz genießen sollten, wurden Verbrechen verübt – ob in Gemeinde, Heim, Internat oder Schule. Und obwohl Taten zum Teil anerkannt werden, funktioniert die Aufarbeitung nicht immer gut.



**Marcel Hafke**  
(FDP)



... zeigt, dass Kinder und Jugendliche überall der Gefahr der sexualisierten Gewalt ausgesetzt sind. Die Kirchen dürfen die Augen davor nicht verschließen. Sie müssen sich dem Problem stellen. Seit dem Bekanntwerden der Missbrauchsfälle ist viel passiert, jedoch nicht genug. Nach wie vor gibt es keine flächendeckenden Schutzkonzepte. Das muss sich ändern.



**Prof. Dr. Daniel Zerbin**  
(AfD)



... ist ein abscheulicher Missbrauch von bestehenden Macht- und Abhängigkeitsbeziehungen und widerspricht zutiefst dem, was Kirche sein sollte: ein geschützter Raum und Zufluchtsort für alle Personen. Leider sind insbesondere in der Vergangenheit Missbrauchsfälle viel zu oft vertuscht und Opfer stigmatisiert worden. Deshalb muss neben der Aufarbeitung vor allem die Prävention oberste Priorität sein.

# Gewalt im kirchlichen Raum

## Beiträge in alleiniger Verantwortung der Fraktionen

### Betroffene ...

... lässt das Erlebte oft ein Leben lang nicht mehr los. Umso entscheidender ist es, dass ihnen geglaubt wird und sie in den institutionellen Aufarbeitungsprozess einbezogen werden. Nur so können Schlüsse daraus gezogen werden, wie sexueller Missbrauch von Kindern und Jugendlichen möglich wird und im Anschluss angemessene Maßnahmen auf den Weg gebracht werden, Missbrauch zu verhindern.

... müssen die Chance haben, ihre Erfahrungen und ihr Wissen zur Verfügung zu stellen und vor allem nutzbar zu machen. Nur so können wir lernen. Aufarbeitung von Missbrauch und die Erarbeitung von Präventionskonzepten sind ohne den Blickwinkel Betroffener undenkbar. Um die Betroffenenperspektive starkzumachen, wollen wir einen Betroffenenrat für Nordrhein-Westfalen.

... und ihre Perspektiven müssen bei der Aufarbeitung und Prävention berücksichtigt werden. Menschen, die Missbrauch im kirchlichen Umfeld erleben mussten, haben ein Recht darauf, dass die Gewalt, die ihnen zugefügt wurde, aufgearbeitet wird, sie in den Aufarbeitungsprozess einbezogen werden und die Täterinnen und Täter nicht weiterhin gedeckt, sondern bestraft werden.

... müssen in der Politik und in der Gesellschaft Gehör finden. Die Erfahrungen von Betroffenen können helfen, Kinder und Jugendliche besser vor sexualisierter Gewalt zu schützen. Gleichzeitig muss ihr Leid anerkannt und es muss sichergestellt werden, dass sie die Hilfe und Unterstützung erhalten, die ihren individuellen Bedürfnissen entsprechen.

... müssen in sämtliche Prozesse der Prävention, Intervention und Aufarbeitung stets eingebunden werden und die Möglichkeit bekommen, ihre Erfahrungen und Sichtweisen aktiv einbringen zu können. Hierbei ist die Einrichtung eines Betroffenenrates für Opfer sexuellen Missbrauchs, den wir als AfD-Fraktion bereits in der Vergangenheit gefordert haben, unerlässlich.

### Präventionskonzepte ...

... und Interventionsstrategien müssen kontinuierlich überprüft und verbessert werden, damit Kinder und Jugendliche in ihrer Lebenswirklichkeit geschützt sind. Gleichzeitig müssen sie bei der Präventionsarbeit beteiligt werden. Jedes Präventionskonzept muss darauf abzielen, ein Umfeld zu schaffen, in dem Kinder und Jugendliche sich sicher und unterstützt fühlen.

... können nur wirken, wenn sie gelebt werden und nicht als Aktenordner im Schrank verstauben. Das ist insgesamt eine Handlungsfrage und eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, an der alle gemeinsam arbeiten müssen. Es gibt hier einige gute Beispiele, auch im kirchlichen Raum, die wir immer wieder hervorheben müssen, damit Prävention im Gespräch bleibt.

... braucht es überall, wo Kinder und Jugendliche ein- und ausgehen. Ein wichtiger Schritt für Institutionen und Einrichtungen sind Schutzkonzepte, die auf einer Potenzial- und Risikoanalyse beruhen. So kann sexuelle Gewalt idealerweise verhindert werden. Bei Missbrauchsverdacht oder -fällen können Ehrenamtliche sowie Beschäftigte Handlungssicherheit erlangen und Betroffene besser unterstützt werden.

... sind eine Grundvoraussetzung, um Kinder und Jugendliche zu schützen. Diese müssen fachlichen Standards entsprechen und auch in der Praxis gelebt werden. Wirksame Präventionskonzepte müssen langfristig in allen Institutionen etabliert werden, in denen sich Kinder und Jugendliche aufhalten. Institutionen dürfen mit dieser Aufgabe aber nicht alleine gelassen werden.

... sind zentrale Bausteine, wenn es um den Schutz von Kindern und Jugendlichen geht. Dafür ist es notwendig, dass diese auf Grundlage wissenschaftlicher Erkenntnisse entwickelt und fortwährend auf ihre Qualität hin überprüft werden. Allerdings wird selbst das beste Schutzkonzept keinem Kind helfen, wenn es nicht zur Anwendung kommt. Deshalb gilt es, unabhängige Kontroll- und Sanktionsmechanismen zu etablieren.

### Die Aufarbeitung ...

... muss weiter konsequent und lückenlos fortgesetzt werden, damit verlorengegangenes Vertrauen in die Kirche neu aufgebaut werden kann. Eine wirksame Aufarbeitung muss sich vor allem an den Bedürfnissen der Betroffenen orientieren. Ebenso wichtig ist es, dass die Institution und ihre Verantwortlichen ihr eigenes Versagen und das Leid der Betroffenen anerkennen.

... muss nachhaltig und vor allem unabhängig erfolgen. Opfer und Öffentlichkeit sind mit dem bisherigen Aufarbeitungsprozess der Kirchen häufig nicht zufrieden. Der Staat muss deshalb jetzt die Verantwortung übernehmen und dafür Sorge tragen, dass Aufarbeitung nach einheitlichen Standards erfolgt. Eine unabhängige Kommission auf gesetzlicher Grundlage wäre hier der Weg.

... ist überfällig und die Institutionen übernehmen so Verantwortung gegenüber den Betroffenen. Gleichzeitig ist sie wichtig, damit nicht nur Täterinnen und Täter identifiziert werden, sondern auch Fehler von Verantwortlichen und blinde Flecken. Das ermöglicht, Maßnahmen und Mechanismen einzurichten, um Kinder und Jugendliche besser zu schützen und zu verhindern, dass sich Unrecht wiederholt.

... ist enorm wichtig: Denn der Blick in die Vergangenheit bringt uns Wissen für die Zukunft. Sie muss daher konsequent durchgeführt werden. Sie muss unabhängig und transparent sein und darf nicht dem Schutz von Institutionen untergeordnet werden. Wir müssen eine Fehlerkultur entwickeln und aus gemachten Fehlern die Lehren ziehen.

... ist zu allererst ein individueller Prozess. In welcher Art und Weise diese gestaltet werden soll, muss jede betroffene Person für sich selbst entscheiden können. Wir als Land NRW haben allerdings die Pflicht, einen rechtlichen Rahmen mit notwendigen Standards festzulegen, auf dessen Grundlage Aufarbeitung stattzufinden hat. Der Einbezug der Betroffenenperspektive ist hier unentbehrlich.

# Sitzung

## AUS DEN FRAKTIONEN

Foto: Schälte

### CDU-Fraktion lädt zu Vernissage ein

Kunst und Sport als lebendige Symbiose: Dafür stehen die Werke des Kölner Künstlers Dr. Jens Enneper. Mit Sportschuhen als Zeitzeugen und der Dynamik von Farbe weckt der Mediziner, Sportler und Künstler Erinnerungen an große sporthistorische Ereignisse und Persönlichkeiten, die einen Bezug zu Nordrhein-Westfalen haben. Bereits mit vorangegangenen Ausstellungen lud Jens Enneper seine Gäste ein, sich auf den Kontrast zwischen stiller Kunst und dynamischer Bewegung einzulassen – sowie die sportliche Geschichte hinter seinen Bildern zu entdecken. Am Mittwoch, 30. August, eröffnet er um 18 Uhr seine Ausstellung „ARTletics.NRW“ im Foyer der CDU-Landtagsfraktion.

„Es wird eine tolle Ausstellung im hohen Haus, die Kunst und Sport miteinander verbind-

et. Wir tragen täglich Schuhe und legen viele Wege damit zurück. Dass Schuhe auch mit einem besonderen Moment in Verbindung gebracht werden können, zeigt die Ausstellung in den kommenden Wochen in Düsseldorf“, sagt Jens-Peter Nettekoven, sportpolitischer Sprecher der CDU-Landtagsfraktion.

Bis zum 15. Oktober kann die Ausstellung nach Terminvereinbarung während der Öffnungszeiten des Landtags besucht werden. Sie findet statt mit Unterstützung der Dr. Jens Enneper Stiftung „mal bewegen“ und des Deutschen Sport & Olympia Museums.



### Neue Broschüre: Ein Jahr Schwarz-Grün in Bildern

Mit dem Wechsel von Schwarz-Gelb zu Schwarz-Grün waren einige Hoffnungen verbunden. Doch schon nach zwölf Monaten

macht sich Enttäuschung breit: Schwarz übermalt Grün, Reformen zerbrechen an Pannen oder werden durch Mutlosigkeit erstickt. Wir haben – augenzwinkernd – einmal aufgezeichnet, was im vergangenen Jahr in NRW gelaufen ist oder eben nicht. Dabei resümieren wir vom Chaos beim Landshaushalt über die Bildungskatastrophe bis hin zur steigenden Kriminalität.

Beispiel Abi-Panne: ein gravierendes Download-Problem, eine Ministerin auf kommunikativer Tauchstation. Und am Ende erfahren Tausende Schülerinnen und Schüler am Dienstagabend, dass sie ihre Abiturklausuren nicht am Mittwoch, sondern erst am Freitag schreiben. Passenderweise

am Tag eines umfassenden Bahnstreiks und des Zuckerfestes. Klingt nach einer Schmierenkommödie? Darüber hätten Lehrkräfte, Abiturientinnen und Abiturienten sicher mehr gelacht. Doch stattdessen sind die massiven technischen Störungen beim Download der zentralen Abituraufgaben bittere Realität gewesen. Und das Ministerium hüllte sich über Stunden in Schweigen.

Alle Bilder(-geschichten) kann man sich auf unserer Website ansehen oder als Broschüre bestellen: [spd-presse@landtag.nrw.de](mailto:spd-presse@landtag.nrw.de)



**SPD** NRW  
Die Fraktion

## Neue Ideen gegen Barrieren – Barriere-Scouts im Landtag

Rampe, Aufzug, elektrischer Türöffner: Sie stören niemanden, helfen aber vielen. Jeder zehnte Mensch in unserer Gesellschaft lebt mit behinderungsbedingten und jeder dritte mit altersbedingten Barrieren. Dennis Sonne ist Sprecher für Inklusion und Behindertenpolitik sowie Landesliegschaften der Grünen Landtagsfraktion und „Inkluecer“. „Menschen mit Behinderungen müssen an unserer Gesellschaft teilhaben und sichtbar sein können“, sagt der 38-Jährige, der selbst seit einem Unfall den Rollstuhl nutzt.

Wie groß die Palette der praktischen Hilfen ist, zeigt der Verein „Sozialheld\*innen“ in kostenlosen Online-Fortbildungen und bildet Interessierte so zu „Barriere-Scouts“ aus. Nach sechs Terminen à 90 Minuten wartete auf Dennis Sonne und seine Mitarbeitenden die praktische



Prüfung – eine Begehung des Landtags NRW. „Das Landtagsgebäude ist bereits sehr barrierefrei, dennoch konnten wir mit dem neuen Wissen noch Verbesserungsvorschläge weitergeben, die dankend angenommen wurden.“ So würde gehörlosen Menschen, die nicht sprech- oder hörfähig sind, im Notfall im Aufzug ein Moni-

tor helfen, mit dem Störungen per Textnachricht gemeldet und Notrufe abgesetzt werden können.

Sprache ist für den Abbau von Barrieren generell wichtig – um alle zu erreichen und um niemanden zu diskriminieren. Inklusiv ist „Leichte Sprache“. Sie verwendet kurze Sätze und leicht zu verstehende Begriffe. Gemeinsam mit der CDU-Fraktion haben wir erstmals in der Parliamentsgeschichte von NRW einen Antrag in Leichte Sprache übersetzen lassen. Und auch hier: Ein verständlich geschriebener Text stört niemanden. Im Gegenteil.



## Jahresbilanztour 2023 der FDP-Landtagsfraktion erfolgreich gestartet



Henning Höne (FDP)

Die FDP-Landtagsfraktion hat ihre Jahresbilanztour erfolgreich gestartet. Auf fünf Stationen in Düsseldorf, Dortmund, Köln, Bielefeld und Münster geht es um den persönlichen Austausch der besten Ideen für die Menschen vor Ort.

Die Abgeordneten erläutern den Gästen, wie sich die FDP-Landtagsfraktion als kritisch-konstruktive Opposition zur Landesregierung aus CDU und Grünen erfolgreich etabliert hat. Die Landesregierung von Hendrik Wüst zeigt in NRW mehr Schauspiel als politisches Handwerk. Die FDP-Fraktion spricht sich für eine Kurskorrektur aus: Es braucht mehr Handwerk als Schauspiel. „Ein Jahr Schwarz-Grün und Stillstand zeigen, dass wir endlich wieder mutig und optimistisch sein müssen – wir brauchen mehr Anstrengung, mehr Initiative und vor allem mehr politisches Handeln. Wenn NRW Industrieland bleiben soll, darf sich die Politik nicht auf den Erfolgen der letzten Jahre ausruhen“, forderte Henning Höne, Vorsitzender der FDP-Landtagsfraktion, beim Auftakt im Landtag in Düsseldorf.

### Die beste Zukunft ist liberal

Neben der Kontrolle der Landesregierung setzt sich die FDP-Landtagsfraktion mit vielen Zukunftsideen für die Menschen im Land ein. Mit einer breiten Initiative machen sich die Freien Demokraten im Landtag dafür stark, dass das Wohnen für die Bürgerinnen und Bürger in NRW bezahlbar bleibt. Bei der Jahresbilanztour ist aber auch Raum für alle Zukunftsthemen. Lösungen dazu finden sich am besten im persönlichen Gespräch.



## Kinderschutz braucht unabhängige Überwachungs- und Sanktionsmechanismen

Sexualisierte Gewalt gegen Kinder und Jugendliche stellt einen grausamen Missbrauch bestehender Dynamiken von Macht und Abhängigkeit dar. Das immense Leid, welches sowohl den Kindern als auch deren Angehörigen dabei widerfährt, ist von kaum vorstellbarem Ausmaß. Umso wichtiger ist es, sämtliche Missbrauchsfälle lückenlos aufzuklären, damit die Opfer, soweit es ihnen möglich ist, mit diesen schrecklichen Ereignissen in ihrem noch jungen Leben endlich abschließen können.

In der Vergangenheit wurden Missbrauchsfälle leider oft vertuscht und Opfer stigmatisiert. Daher müssen neben der Aufarbeitung präventive Maßnahmen zukünftig eine zentrale Rolle einnehmen.



Prof. Dr. Daniel Zerbin (AfD)

In diesem Zusammenhang sind Präventionskonzepte fundamentale Grundpfeiler im Schutz von Kindern und Jugendlichen. Die Konzeption solcher Maßnahmen erfordert allerdings eine ernsthafte Professionalisierung in Bezug auf die Entwicklung von Risikoanalysen und Schutzkonzepten. Dazu zählt der Einbezug wissenschaftlicher Erkenntnisse sowie die kontinuierliche Evaluierung der

Wirksamkeit besagter Konzepte.

Aber selbst das beste Schutzkonzept im Kampf gegen sexuellen Kindesmissbrauch bleibt wirkungslos, sofern dessen praktische Umsetzung vor Ort nicht gewährleistet ist. Daher ist die Implementierung unabhängiger Stellen mit eigenen Überwachungs- und

Sanktionsmechanismen von entscheidender Bedeutung.

Neben einem professionellen Blick darf die Expertise von Betroffenen jedoch nicht außer Acht gelassen werden. Diese muss in allen Phasen der Prävention, Intervention und Aufarbeitung miteinbezogen werden. Den Betroffenen muss die Gelegenheit geboten werden, ihre Erfahrungen und Perspektiven konstruktiv einzubringen. Die Einberufung eines Betroffenenrates für die Opfer sexuellen Missbrauchs, wie bereits von uns als AfD-Fraktion gefordert, ist dabei unerlässlich.



# Freiheit im Auftrag des Volkes

Wer gewählt wird, erhält ein Mandat. Aber was bedeutet das eigentlich genau? Und was bedeutet es nicht?



Nur dem eigenen Gewissen verpflichtet: Abgeordnete des Landtags NRW

Foto: Schälte

Der Begriff „Mandat“ stammt aus dem Lateinischen. „Ex manu datum“ bedeutet wörtlich „aus der Hand gegeben“. In der repräsentativen Demokratie geben die Wählerinnen und Wähler die Macht, Politik zu gestalten, in die Hände anderer. Dabei haben sie die Wahl zu entscheiden, wer stellvertretend für sie Ideen einbringen, über Gesetze abstimmen, den Ministerpräsidenten oder die Ministerpräsidentin wählen und die Regierung kontrollieren soll. Sie erteilen den Kandidatinnen und Kandidaten, die bei der Wahl die meisten Stimmen erhalten, quasi eine Vollmacht.

Dieser Punkt ist wesentlich: Die Abgeordneten erhalten mit ihrem Mandat nicht nur den Auftrag, politische Entscheidungen zu treffen, sondern auch einen Vertrauensvorschuss in ihr Handeln und die nötige Freiheit dazu. Denn in ihrem Tun sind sie an keine Weisungen gebunden. Sie können nicht etwa innerhalb der Wahlperiode wieder abgewählt oder ausgetauscht werden, wenn sie anders handeln, als die Wählerschaft oder ihre Partei es sich vorgestellt haben. Selbst wenn sie ihre Partei und Fraktion verlassen oder ausgeschlossen werden, bleibt ihr Mandat unberührt. Man spricht in diesem Zusammenhang vom „freien Mandat“. Es unterscheidet sich gravierend vom „imperativen Mandat“, das nämlich an Aufträge oder Vorgaben gebunden ist.

Abgeordnete der deutschen Landesparlamente, des Bundestages und auch des Europäischen Parlaments erhalten alle ein freies Mandat. Die nordrhein-westfälische Landesverfassung schreibt beispielsweise fest, dass das Mandat nicht eingeschränkt werden kann. In Artikel 30, Absatz 2 heißt es: „Die Abgeordneten stimmen nach ihrer freien, nur durch die Rücksicht auf das Wohl des Landes Nordrhein-

Westfalen bestimmten Überzeugung; sie sind an Aufträge nicht gebunden.“ Sie sind einzig und allein ihrem Gewissen und eigenen Anspruch verpflichtet. Und das erklären sie öffentlich bei ihrer Verpflichtung vor der Volksvertretung:

„Die Mitglieder des Landtags bezeugen vor dem Lande, dass sie ihre ganze Kraft dem Wohle des Landes Nordrhein-Westfalen widmen, seinen Nutzen mehren, Schaden von ihm wenden, die übernommene Pflicht und Verantwortung nach bestem Wissen und Können erfüllen und in der Gerechtigkeit gegenüber jedem Menschen dem Frieden dienen werden“, heißt es in der Verpflichtungserklärung.

## Unabhängig

Grundsätzlich bedeutet das freie Mandat also auch, dass die Abgeordneten Vertreterinnen und Vertreter des ganzen Volkes sind, nicht nur einer Partei, eines Wahlkreises oder einer Bevölkerungsguppe.

In diesem Sinne frei handeln zu können, bedeutet, dass kein Mitglied des Landtags von Voraussetzungen oder Personen abhängig sein darf, denn das könnte sein Tun beeinflussen. Da Abgeordnete für die Zeit der Wahlperiode in der Regel nicht ihrem eigentlichen Beruf nachgehen und somit Verdienstaussfälle haben, erhalten sie Geld vom Land. Davon sollen sie nicht nur ihren Lebensunterhalt bestreiten, sondern es soll ihnen außerdem ermöglichen, ihr freies Mandat unabhängig auszuüben. So können sie beispielsweise ein Wahlkreisbüro unterhalten oder Mitarbeitende beschäftigen, die sie unterstützen. Auch Reisen im Rahmen ihrer Abgeordnetentätigkeit und sonstige Aufwendungen sind davon zu bezahlen. Diese

Bezüge heißen Diäten – abgeleitet vom französischen Wort „diète“, was „tagende Versammlung“ bedeutet. Diäten müssen in Nordrhein-Westfalen versteuert werden wie ein reguläres Einkommen.

Grenzen der Freiheit des Mandats bestehen nahezu keine. Im praktischen parlamentarischen Alltag gibt es eine Besonderheit, die die Freiheit theoretisch beschränken könnte: die häufig praktizierte Fraktionsdisziplin. Das bedeutet, dass Fraktionen bei Abstimmungen in der Regel geschlossen abstimmen. Das tun sie, um für ihre gemeinsamen politischen Ziele Mehrheiten zu erlangen. Ohne Mehrheiten lassen sich schließlich keine politischen Vorhaben durchsetzen. Es gibt aber durchaus Abstimmungen, die von der Fraktionsdisziplin ausgenommen sind. In diesem Fall beschließen Fraktionen, die Abstimmung ausdrücklich freizugeben, etwa bei Abstimmungen zu sehr persönlichen Themen, bei der die Bewertung eines Sachverhalts kontrovers durch die eigenen Reihen verläuft. Ein prominentes Beispiel der vergangenen Zeit ist die Abstimmung im Bundestag über eine Impfpflicht gegen das Coronavirus. Grundsätzlich ist kein Mitglied des Landtags an fraktionsinterne Absprachen gebunden. Es handelt sich um freiwillige Übereinkünfte.

Übrigens: Niemand, die oder der für die Landtagswahl kandidiert, muss einer Partei angehören. Bei Kommunalwahlen etwa treten häufiger parteilose Bewerberinnen oder Bewerber an, durchaus mit Erfolg.

Abgeordnete dürfen ihr Mandat also frei ausüben – sie dürfen es jedoch nicht nicht ausüben. Eine sehr wesentliche Grenze hat das freie Mandat allerdings schon: das Ende der Wahlperiode.

SOW

# Porträt: Verena Schäffer (Grüne)



Verena Schäffers Weg in die Politik beginnt weit weg: Bei einem Austauschjahr in Kalifornien erlebte die heute 36-Jährige damals noch als Schülerin die dortigen Gouverneurswahlen. „Der Wahlkampf war schon damals sehr polarisiert. Das hat mich neugierig auf Politik gemacht“, erzählt Schäffer. Noch von Kalifornien aus informierte sie sich über die Jugendverbände deutscher Parteien, die Grüne Jugend sagte ihr am meisten zu.

„Ein Thema, was mich schon früh beschäftigt hat, war die Gleichberechtigung von Frauen und Männern“, erzählt sie. „Dass es auf der Welt fast gleich viele Frauen wie Männer gibt und Frauen trotzdem noch viel seltener in Verantwortung sind, noch heute in tradierte Rollen gesteckt werden, hat mich schon immer umgetrieben.“

In ihrer Heimatstadt Witten gründete Verena Schäffer eine Ortsgruppe der Jungen Grünen, schon früh zog es sie aber nach Düsseldorf und in die Landespolitik: „Ich habe große Hochachtung vor dem, was ehrenamtlich in der Kommunalpolitik geleistet wird – und das meine ich nicht als Floskel“, betont Schäffer, „aber mich selbst hat es immer schon in die Landespolitik gezogen.“ Zwischen 2006 und 2010 war sie Landessprecherin der Grünen Jugend, zog dann 2010 in den Landtag ein.

Als frauenpolitische Sprecherin setzte sie sich weiter für Gleichberechtigung ein – ein Thema, das sie bis heute umtreibt: „Es ist heute oft eine Notwendigkeit, dass beide Partner

Wie kamen sie in die Politik? Wo liegen ihre politischen Schwerpunkte? Landtag Intern stellt in jeder Ausgabe Abgeordnete vor. Diesmal im Porträt: Verena Schäffer, gemeinsam mit Wibke Brems Vorsitzende der Grünen-Fraktion. Die 36-jährige Historikerin ist Mutter zweier Kinder und ein „großer Fan von Doppelspitzen“.

arbeiten. Das heißt aber im Umkehrschluss nicht, dass Familiensorgearbeit fair aufgeteilt wird“, sagt Schäffer, die selbst Mutter von zwei Kindern ist: „Die Perspektive von Familien muss auch in der Politik mehr abgebildet sein.“

2012 wechselte Verena Schäffer in die Innenpolitik – wurde innenpolitische Sprecherin der Grünen. „Das Thema Rechtsextremismus, aber auch Datenschutz und Bürgerrechte haben mich auch schon immer interessiert“, sagt sie und fügt schmunzelnd hinzu: „So konnte ich auch meine Leidenschaft für Polizei und Feuerwehr entdecken.“ Einmal mit „auf Streife“ zu sein, ein Spezialeinsatzkommando (SEK) besuchen – das alles empfindet sie als großes Privileg ihres Jobs: „Wir bekommen als Abgeordnete viele Einblicke und natürlich haben wir gerade in der Innenpolitik auf Landesebene eine große Gesetzgebungskompetenz“, sagt sie.

## „Gute Inhalte bei allen Themen“

Auch die Zusammenarbeit mit der CDU – auch in innenpolitischen Fragen – macht ihr Spaß – auch wenn die Vorstellungen der Koalitionspartner da zuweilen auseinandergehen. „Natürlich habe ich mich in der Vergangenheit mit Herbert Reul im Innenausschuss viel gestritten“, sagt Schäffer, „aber da war immer auch Wertschätzung für die Positionen des anderen.“ Die zeigten sich auch im Koalitionsvertrag, findet Schäffer: „Es wird oft verkürzt: Die Grünen haben sich beim Klima durchgesetzt, die CDU in der Innenpolitik – aber das stimmt so nicht. Wir haben in allen Themenfeldern gute Inhalte vereinbaren können.“

Als Beispiel nennt sie den unabhängigen Polizeibeauftragten im Landtag, an den man sich mit Beschwerden über die Polizei wenden kann. „Da geht es gar nicht darum, jemanden anzuschwärzen, sondern um ein faires, moderiertes Gespräch – das stärkt am Ende auch die Polizei“, glaubt Schäffer.

Als Fraktionsvorsitzende kümmert sie sich inzwischen um alle Themen – in enger Absprache mit ihrer Co-Vorsitzenden Wibke Brems. „Ich bin ein großer Fan von Doppelspitzen“, sagt Schäffer, man könne sich manche Themen gut aufteilen, andere im engen Austausch voranbringen. „Es kommt häufig vor,

dass Wibke und ich uns fast gleichzeitig zum selben Thema eine Nachricht schreiben – wir sind ein absolut eingespieltes Team.“

Und neben der Politik? „Da verbringe ich Zeit mit meinen Kindern, sonst nix“, sagt Verena Schäffer und lacht. Wenn sich irgendwo dann doch mal eine Lücke auftut, hat sie allerdings noch einen Traum: „Ich würde unglaublich gerne Skateboard fahren lernen“, erzählt die Grünenpolitikerin lachend – und auch ein bisschen, um sich selbst unter Druck zu setzen: „Wenn Sie das jetzt schreiben, dann muss ich das wohl auch mal angehen ...“ *Maïke von Galen*

## Zur Person

Verena Schäffer wurde in Frankfurt am Main geboren. Nach dem Abitur studierte sie Geschichtswissenschaft und Jüdische Studien an der Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf. Das Studium schloss sie als Bachelor of Arts ab. Seit 2004 ist Schäffer Mitglied der Grünen. Von 2005 bis 2010 war sie Mitglied im Landesvorstand der Grünen Jugend NRW, von 2006 bis 2010 Landessprecherin. Die zweifache Mutter ist seit 2010 Abgeordnete des Landtags Nordrhein-Westfalen. Von August 2012 bis Mai 2017 war sie stellvertretende Vorsitzende, von Mai 2017 bis Oktober 2020 Parlamentarische Geschäftsführerin. Seit Oktober 2020 ist Verena Schäffer Vorsitzende der Grünen-Landtagsfraktion.

## Nachgefragt

### Was ist Ihr Lieblingsbuch und warum?

Die Romane des israelischen Schriftstellers Amos Oz, insbesondere die Bücher „Eine Geschichte von Liebe und Finsternis“ und „Unter Freunden“.

### Welche Musik hören Sie gerne?

Die Songs der Toten Hosen, vor allem deren Punkrock aus den Anfangsjahren.

### Was haben Sie immer in Ihrem Kühlschrank vorrätig?

Vanillepudding.

### Ihr liebstes Reiseziel?

Die Nordsee – da ist für jedes Familienmitglied etwas dabei.

## Kurz notiert

### NRW-Pressefoto 2023

Der Landtag Nordrhein-Westfalen sucht wieder das beste Pressefoto des Jahres. Der Wettbewerb für Fotojournalistinnen und -journalisten ist in diesem Jahr mit insgesamt 22.000 Euro dotiert. Gewürdigt wird die Arbeit der Fotografinnen und Fotografen. Zudem bietet der Wettbewerb den einzigen Jahresrückblick professioneller Pressebilder in Nordrhein-Westfalen. Der Präsident des Landtags, André Kuper, hatte ihn 2018 ins Leben gerufen. Neben dem Siegerfoto werden auch der zweite und dritte Platz ausgezeichnet. Einen Sonderpreis gibt es für Pressefotos zum Thema „Ehrenamt in Nordrhein-Westfalen“. Weitere Informationen unter [www.landtag.nrw/presse](http://www.landtag.nrw/presse).

### Newsletter

Der Landtag modernisiert seinen Newsletter: Zu Beginn jeder Sitzungswoche informiert dieser über wichtige politische Ereignisse und Themen im Parlament und gibt zudem einen Ausblick auf Veranstaltungen und vieles mehr. Er richtet sich an ein Fachpublikum sowie an alle Bürgerinnen und Bürger, die sich für die parlamentarische Arbeit interessieren. Das neue Angebot soll in der zweiten Septemberhälfte 2023 starten. Schon jetzt können Sie sich anmelden: <https://lt.nrw/newsletter>.

### Gestorben

- 12.4. **Jürgen Hinrichs** (FDP/89)  
MdL 1975 – 1980
- 16.6. **Dr. Andreas Lorenz** (CDU/85)  
MdL 1990 – 2000
- 7.8. **Vera Dedanwala** (SPD/80)  
MdL 1990 – 2005

### Neue Ausgabe

Die nächste Ausgabe von Landtag Intern erscheint am 26. September 2023. Sie ist bereits ab Freitagnachmittag, 22. September 2023, online abrufbar unter [www.landtag.nrw.de](http://www.landtag.nrw.de).

## Einladung zum Weltkindertag

Am Sonntag, 17. September 2023, feiert der Landtag von 12 bis 18 Uhr den Weltkindertag. Er steht in diesem Jahr unter dem Motto „Jedes Kind braucht eine Zukunft“. Der Präsident des Landtags, André Kuper, lädt die kleinen Bürgerinnen und Bürger mit Eltern, Verwandten und Freunden zu einem bunten Programm aus kindgerechter Information, Spiel und Musik ein. Im Plenarsaal wird wieder der KiKa-Kinderreporter „Checker Julian“ zu Gast sein. Es gibt ein Kinder-Gästebuch des Präsidenten und ein Digitales Gästebuch. Die „Eule Helene“ lädt kleine und große Gäste ein, eine Rallye durch den Landtag zu machen, sich per „Smartphone-Tour“ das Gebäude anzuschauen und die Grundschul-Wanderausstellung des Landtags zu besuchen. Eine Anmeldung ist nicht erforderlich. Foto: Schälte

